

PRESSEINFORMATION

Aktuelles & Plenarvorschau

*mit Landessprecherin LAbg. Indra Collini,
Wirtschaftssprecher LAbg. Helmut Hofer-Gruber*



25 Tagesordnungspunkte – und damit eine Vielzahl an Themen – werden in der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause debattiert. Eröffnet wird sie mit einer Aktuellen Stunde der FPÖ. Der Titel „Nein zur Zerschlagung des Bundesheeres“ ist wohl dem bizarren TV-Auftritt von Ministerin Tanner und dem Chaos rund um die künftige Ausrichtung der Landesverteidigung geschuldet.

1. AKTUELLE STUNDE: BUNDESHEER

Der jüngste TV-Auftritt von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner wirft Fragen auf: War die verunglückte Kommunikation ihrer Heerespläne eine Nebelgranate, um in der ÖVP-Befragungswoche im Ibiza-UA von den Novomatic-Spenden an den Verein von Befangenheits-Vorsitzenden, NR-Präsident Wolfgang Sobotka, abzulenken? Oder agiert Tanner wirklich derart planlos? So oder so: Die sich widersprechenden Aussagen rund um Kasernenschließungen & Co. rücken die Tauglichkeit der Ministerin für dieses Amt in ein schlechtes Licht. Was nach dem Orientierungslauf einer orientierungslosen Ministerin in jedem Fall unbeantwortet bleibt, ist die Frage nach der Zukunft des Heeres. Aus NEOS-Sicht sind die To Dos klar: Neben Ausrichtung und Ausstattung braucht es eine langfristige, planbare, transparente Finanzierung aller Bedürfnisse der Landesverteidigung – also eine schrittweise Erhöhung des Budgets auf ein Prozent des BIP.

2. KINDERGÄRTEN & BETREUUNG

Dass die Zahl der Schließtage sinkt, begrüßen NEOS. Immerhin liegt NÖ derzeit bei 31 Schließtagen, im österreichweiten Schnitt sind es 26. Dieser Schritt kann aber nur ein erster von vielen sein, um die Lebensrealitäten der Familien im 21. Jh. an ihre Bedürfnisse anzupassen. Das betrifft auch die Bedarfserhebung bei Betreuungsplätzen: Viele Eltern haben ihren Bedarf nicht gemeldet, nachdem einige Gemeinden den Eindruck erweckt haben, einen Platz nur für berufstätige Eltern zur Verfügung zu stellen. Das hat dafür gesorgt, dass der tatsächliche Bedarf nicht mit dem gemeldeten übereinstimmt. Gerade in der Kinderbetreuung gilt: ein gutes Angebot schafft Nachfrage – mit dem positiven Nebeneffekt, dass Spätfolgen für Frauen (Pay Gap, niedrige Pensionsansprüche, Altersarmut, ...) effizient abgedeckt werden können.

Zu begrüßen ist unterdessen der verpflichtende Strafregisterauszug für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindergärten. Um Konflikte mit Externen zu vermeiden – Stichwort Original Play – wird

es notwendig sein, konkrete Richtlinien im Umgang mit Kindern zu erarbeiten. Eine Anfrage an die Bildungsdirektion, welche Bestimmungen es bereits gibt, blieb ohne konkrete Antwort.

3. BILDUNG INS 21. JAHRHUNDERT HOLEN

Eine Änderung des NÖ-Pflichtschulgesetzes sieht vor, dass das Schulgeld bei einem Wechsel des Kindes in eine sprengelfremde Mittelschule mitwandert. Für NEOS ein wichtiger, wenngleich nicht ausreichender Schritt, da die Entscheidungshoheit nach wie vor bei den Bürgermeister*innen liegt und sich für die Volksschulen gar nichts ändert. Daher wird auch die Abschaffung des Sprengelzwangs erneut beantragt. Bei der Auswahl der passenden Schule sollen die Bildungswünsche von Eltern und Kindern entscheidend sein – und nicht die Postleitzahl.

Zudem kündigen NEOS einen Antrag zum Ausbau der Ganztagschule an. Von rund 1.000 Pflichtschulen im Land bieten nur 14 Standorte Ganztagsunterricht und/oder eine verschränkte Form – eine Mischung aus Bewegungs-, Frei- und Unterrichtsstunden – an. So wie im Fall der Kinderbetreuung gilt auch hier: Ein gutes Angebot schafft auch Nachfrage.

4. DEMOKRATIEMAßNAHMEN IN LAND UND GEMEINDEN

Die kommende Sitzung bringt eine Änderung der Geschäftsordnung, die Sitzungen in Ausschüssen auch per Videokonferenz ermöglicht. Diese Änderung ist für NEOS ein zu kleiner Schritt. Um die NÖ-Demokratie ins 21. Jahrhundert zu holen, braucht es weitere Maßnahmen:

- **Landtag digitalisieren:** Corona hat gezeigt, wie anfällig die tägliche politische Arbeit in Krisenzeiten ist. Denn auch in NÖ ist eine Plenarsitzung entfallen. Um handlungsfähig zu bleiben, müssen politische Entscheidungsträger künftig auch digital zusammentreten können.
- **Minderheitenrechte ausbauen:** Parlamentarische Rechte wie die Antragstellung, die Einbringung einer Aktuellen Stunde oder die Teilnahme an der Präsidiale, stehen in allen Bundesländern ab Einzug in den Landtag zur Verfügung – nur in NÖ nicht.
- **Gemeindeanliegen debattieren:** Ihre Wünsche können Gemeinden über sogenannte Eingaben an das Land herantragen. Allerdings ist es Usus, dass die Anliegen nicht debattiert, sondern per Brief des Landtagspräsidenten erledigt werden. So liegt derzeit etwa die Eingabe der Stadtgemeinde Klosterneuburg betreffend der Abschaffung der nichtamtlichen Stimmzettel vor. Eine Diskussion darüber scheiterte wieder einmal an der ÖVP.
- **Transparenz fördern:** NEOS wollen Gemeinden finanziell fördern, die bestimmte Transparenzkriterien erfüllen. Österreichweit bekennen sich zwar bereits mehr als die Hälfte der Gemeinden zum Projekt offenerhaushalt.at des Zentrums für Verwaltungsforschung. Diese positive Entwicklung macht aber größtenteils an den Grenzen Niederösterreichs Halt. Dabei ist mehr Transparenz vor allem für einen Ausbau der direkten Demokratie notwendig: Wenn Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen sollen, muss die Kommunalpolitik bereit sein, Informationen mit ihnen zu teilen.